

Haushaltsrede 2023
Peter Singer
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Frechen
(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren!

Meine letzte Haushaltsrede vor zwei Jahren begann mit einem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die in der Coronapandemie Großartiges geleistet haben.

Diesen Dank möchte ich wiederholen und gleichzeitig den Kolleginnen und Kollegen, aber auch den vielen Ehrenamtlern in der Stadt danken, die in der Bewältigung der Folgen des Ukrainekrieges engagiert und mit hohem Zeitaufwand geholfen haben und weiterhin helfen.

Ohne zum Beispiel den Einsatz der Tafel wäre dem enormen Zustrom von geflüchteten Menschen hier in Frechen kaum gerecht zu werden. Hier auch nochmal meine Bitte um Verständnis, dass zurzeit leider die Belegung von Sporthallen ohne Alternative ist. Allerdings müssen wir gemeinsam überlegen, welche langfristigen Lösungen wir für das Problem der Unterbringung von geflüchteten Menschen finden können.

Ja, wir haben Krieg in Europa sowie in vielen Teilen der Welt und das ist schrecklich!

Wir haben Inflation und eine handfeste Energiekrise. Wir haben Ängste und große Sorgen, wie die Zukunft aussehen wird.

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine, so wie wir alle völkerrechtswidrigen Angriffe verurteilen.

Jeder Tote, jeder Verstümmelte, jedes Leid und jede Zerstörung ist schlimm und muss gestoppt werden.

Wir sollten alle Versuche und Initiativen für einen sofortigen Waffenstillstand unterstützen und der Diplomatie endlich wieder eine Chance geben.

Wir sollten aufhören den Ruf nach Frieden und Verhandlungen zu diskreditieren.

Wir müssen den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!

Wir dürfen es uns aber auch nicht zu leichtmachen.

Der Ukrainekrieg ist nicht an allem schuld. Hohe Mieten, niedrige Löhne und Armut begleiten uns seit Jahren. Trotz Milliarden an Unterstützung für Unternehmen und Verbraucher, wird die Energie in Deutschland in diesem Jahr teurer sein als je zuvor. Die aktuelle Inflationsrate für Nahrungsmittel liegt laut Statistischem Bundesamt bei satten 21,8%. Für viele Menschen, auch in Frechen, wird dies unbezahlbar.

Dazu kommt eine erhebliche Schieflage: denn wer hat, dem wird gegeben. Großunternehmen bekommen milliardenschwere Subventionen sogar dann, wenn sie üppige Dividenden auszahlen. Oder besonders drastisch: In der Krise haben die Energiekonzerne allein 2022 113 Milliarden Euro an zusätzlichen Gewinnen eingestrichen.

Die normalen Bürgerinnen und Bürger in unserer Republik und auch hier in Frechen, spüren die Belastungen durch hohe Inflation und exorbitante Energiekosten täglich am eigenen Leib.

Wir haben einen Flickenteppich an Maßnahmen zur angeblichen Eindämmung der Krise und das ist nicht die Schuld der Kommunen. Ein Beispiel: Wer heute seine Miete nicht zahlen kann, kann nicht bis Juli oder August auf sein Wohngeld warten. Auch in Frechen droht eine erhebliche Verzögerung der Auszahlung von Wohngeld. Leider hat die Bundesregierung, trotz der erheblichen Ausweitung des Wohngeldanspruches, eine Falle im neuen Wohngeldgesetz eingebaut. Bisher war es so, dass es einen Anspruch auf Abschlagszahlungen bei erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung gab. Dies ist durch eine Kannbestimmung aufgeweicht worden. Hier gilt, wie auch in Pandemiezeiten und in Zeiten des Ukrainekrieges, dass die Kommunen nicht mit der Last alleine gelassen werden dürfen. Hier stehen Land und Bund in der Verantwortung.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir ein paar Worte zum aktuellen Streit der kreisangehörigen Städte mit dem Rhein-Erft-Kreis bezüglich der Kreisumlage.

Anstatt sich zu streiten, sollten alle sich an ihre entsprechenden Parteikollegen im Landtag NRW und im Bundestag wenden. Hier muss dafür gesorgt werden, dass die Kommunen auskömmlich mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Am Beispiel Wohngeld und Hilfe für geflüchtete Menschen zeigt sich, dass den Kommunen Lasten aufgezwängt werden, ohne dass es einen genügenden finanziellen Ausgleich dafür gibt. Wie überall im Leben gilt auch hier, wer bestellt, muss auch zahlen.

Es ist falsch dem Kreis vorzuwerfen, dass er zusätzliche Stellen in großer Zahl geschaffen hätte. Dies musste er zum weit überwiegenden Teil pflichtgemäß so tun, um z.B. in Folge der Coronapandemie und der Flutkatastrophe, Personal im Gesundheitswesen und Katastrophenschutz einzustellen.

Auch die freiwilligen Leistungen des Kreises zu kritisieren, ist nicht zielführend. Auch hier werden Aufgaben finanziert, die für unsere Gesellschaft unabdingbar sind und größtenteils von Vereinen wahrgenommen werden. Beispielweise Prävention gegen sexuellen Missbrauch, Frauenhäuser u.ä. Von der kulturellen Förderung will ich gar nicht sprechen.

Ohne die Förderung durch den Kreis wäre dies alles nicht möglich.

Nebenbei bemerkt, die sogenannten freiwilligen Leistungen machen gerade einmal 6% des Gesamthaushaltes aus.

Nochmal, statt sich an falscher Stelle zu streiten, müssen das Land und der Bund für eine gerechte Finanzausstattung der Kommunen sorgen.

Aber jetzt zur Frechener Kommunal- und Haushaltspolitik.

Eine Entscheidung des Frechener Rates hat in den letzten Monaten für erhebliche Diskussionen im Rat, aber auch in der Stadtgesellschaft und darüber hinaus gesorgt.

Die Ansiedlung bzw. die Nichtansiedlung der Kölner Verkehrsbetriebe auf dem Wachtberg.

Unserer Fraktion und auch ich persönlich engagieren uns seit Jahren für einen sozial-ökologischen Strukturwandel im Rheinischen Revier und damit in einer der Keimzellen des Braunkohlenbergbaues, nämlich Frechen.

Das letzte Brikett auf dem Wachtberg ist gepresst. Eine Industrie, die auch Frechen und seinen Bürgerinnen und Bürgern Wohlstand brachte, ist Geschichte.

Umso dringlicher und wichtiger ist es, an dieser Stelle Neues zu schaffen. In all den Jahren, in denen ich versuche engagierte Strukturwandelpolitik zu machen, war das KVB-Projekt das erste, dass praktisch, einfach und im Sinne eines sozial-ökologisch sinnvollen Strukturwandels auf dem Tisch lag.

Schaffung von Arbeitsplätzen, Verkehrswende, Aussicht auf Entwicklung des Standortes als zukunftssträchtiger Magnet für andere Unternehmen und vieles mehr waren sichtbar.

RWE war dafür, die KVB war bereit, die Belegschaft des Wachtberges und der HW waren dafür, die Gewerkschaften waren dafür und ich wage die These, die Mehrheit der Frechener Bevölkerung war dafür. Sogar ein bisher so nicht gekanntes Trio aus Grünen, FDP und Linke war dafür.

Leider haben sich die anderen Fraktionen dem verschlossen. Es wurde ein fatales Signal an eventuelle zukünftige Investoren ausgesandt. Für mich wurde hier eine Riesenchance vertan, den Strukturwandel in unserer Stadt nach vorne zu bringen.

Es bleibt zu hoffen, dass es eine Zukunft für industrielle Arbeitsplätze auf dem Wachtberg gibt. Hier appelliere ich an alle Fraktionen, zukünftig an einem Strang zu ziehen.

Zu einem anderen Thema: der unendlichen Geschichte der Sanierung unseres Freibades.

Ich weiß mittlerweile schon gar nicht mehr, wie lange wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Ich hoffe, dass den nun erfolgten Vergaben endlich ein Baubeginn folgt.

Der Bäderbetrieb rechnet ja schon mit Einnahmen aus Eintrittsgeldern für das Freibad für die Saison 2024; allein mir fehlt der Glaube.

Hinzu kommt noch, dass immer noch nicht über eine Verlängerung der Landesmittel über 2022 hinaus entschieden ist. Es ist beantragt, die Mittelvergabe bis Ende 2023 zu verlängern.

Vorausgesetzt, dies gelingt, so steht immer noch in den Sternen, ob das Vorhaben Sanierung noch 2023 tatsächlich zum Abschluss gebracht werden kann.

Im Klartext: der Verlust der Fördermittel droht weiterhin!

Es wird hier ein Haushalt vorgelegt, der den Eindruck macht, recht solide und risikoarm geplant zu sein.

Und dies meine ich gar nicht ironisch.

Bevor ich hier anfangen zu kritisieren, möchte ich jedoch die Gelegenheit ergreifen, dem maßgeblichen Gestalter und Verwalter dieses und vergangener Haushalte meinen Dank auszusprechen.

Herr Dr. Lehmann, Sie werden uns in wenigen Tagen als Kämmerer verlassen. Unsere Fraktion und auch ich, haben sie immer als zuverlässigen, fairen Partner wahrgenommen mit dem ein echter Dialog auf Augenhöhe möglich war. Nochmals vielen Dank und viel Erfolg auf Ihrem weiteren Weg.

In diesem Zusammenhang auch meinen Dank an die anderen Fraktionen, dass unser Antrag auf Einführung des 49-Euro-Tickets als Jobticket für die Beschäftigten der Stadtverwaltung angenommen wurde. Dies ist ein - wenn auch kleiner Beitrag - die Arbeitsplätze bei der Stadt attraktiver zu machen.

Wir alle beklagen, dass wir das nötige Personal zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben nur schwer bekommen. Meine Vorredner haben hierzu schon viele kluge Bemerkungen gemacht.

Daher hier nur ein Aspekt. Die mangelnde Attraktivität liegt zu einem nicht unerheblichen Teil an der - im Gegensatz zur Industrie - doch mageren Bezahlung im öffentlichen Dienst.

Deutliche Lohnzuwächse gerade für untere Lohngruppen sind in dieser Tarifrunde unabdingbar, der Reallohnverlust durch Inflation muss ausgeglichen werden und ein deutliches Plus muss her.

Beifallklatschen in der Krise macht nicht satt und zahlt keine Miete.

Und nun zur angekündigten Kritik am vorliegenden Haushalt.

Trotz vieler guter Ansätze und von uns mitgetragenen guten und richtigen Anträge der anderen Fraktionen zum Haushalt 2023 können wir dem Haushaltsentwurf in vorliegender Form nicht zustimmen.

Das hat einen Hauptgrund.

Wir lehnen den Neubau des Parkhauses Josefstraße entschieden ab.

In unseren Augen wird hier das falsche Signal in einer Zeit der unausweichlichen und überfälligen Verkehrswende gesetzt. Hier werden Millionen aufgewendet für ein Projekt, dessen Nutzen wir nicht sehen. Die allseits beklagte Verödung der Fußgängerzonen (nicht nur in Frechen) verhindert man nicht mit dem Bau von Parkhäusern und - gestatten Sie mir den Seitenhieb - auch nicht mit der Ansiedlung eines Donutsladens.

Für das Areal Parkhaus Josefstraße, Stadtsaal und ehemaliges C&A Gebäude, müsste ein Gesamtkonzept her, welches eine vernünftige Planung für Wohn- und Geschäftsräume, einen neuen Stadtsaal und meinerwegen auch von in diesem Zusammenhang benötigten Parkplätzen beinhalten müsste.

Vor Jahren lag schon einmal eine interessante Projektskizze eines Investors dafür vor. Und in der jetzigen Debatte lag der Vorschlag auf dem Tisch, das alte Parkhaus abzureißen und bis zu einer Gesamtlösung die Grundfläche als provisorischen Parkplatz herzurichten.

Dies hat leider im Rat keine Mehrheit gefunden.

Die jetzt und in den kommenden Jahren aufgewandten Mittel sehen wir andernorts erheblich sinnvoller verwendet.

Nach all diesen Überlegungen ist unsere Fraktion, trotz der – wie gesagt - guten Ansätze, zu dem Schluss gekommen, den vorliegenden Entwurf des Haushaltes abzulehnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!